

EBERSBERGER UMSCHAU



Nov./Dez. 81

Mitteilungsblatt der SPD für die Bürger der Kreisstadt Ebersberg

Stadtentwicklung

Stadtentwicklung, sozialer Wohnungsbau, Bereitstellung von billigem Baugrund für Einheimische, Umbau und Erweiterung der vollbiologischen Kläranlage sind nur einige Kernprobleme der Stadt Ebersberg neben dem Bau eines neuen Friedhofs und der Fertigstellung des Waldsportparks, mit der dringend notwendigen Ballspielhalle. Unbestritten haben die Fraktionen im Ebersberger Stadtrat diese Problemstellungen erkannt und versuchen sie zu bewältigen. Hinsichtlich der Prioritätenliste und der Frage, wie den Problemen zu Leibe gerückt werden soll, besteht aber nicht unbedingte Einigkeit. Darauf soll aber hier nicht näher eingegangen werden.

Wie bekannt, bildet die Stadt Ebersberg zusammen mit der Stadt Grafing ein Mittelzentrum. Nach den Zielen des Landesentwicklungsprogramms ist das gemeinsame Mittelzentrum vordringlich zum mittelzentralen Versorgungszentrum im Südosten der Region 14 (Großraum München) zu entwickeln. Dies heißt unter anderem auch die Sicherung einer ausreichenden Trinkwasserversorgung und Abwasserbeseitigung. Aber gerade in diesem Bereich ist keinerlei gemeinsame Planung, geschweige denn Verwirklichung erkennbar. Hier wird vielmehr nach dem altüberlieferten Motto: „Ebersberger san ma, Grafinger de schlag'n ma“, gearbeitet. Daß auch hier vernünftig zusammengearbeitet werden könnte, mögen die folgenden Überlegungen verdeutlichen:

Trinkwasserversorgung: Die Stadt Ebersberg besitzt im Ebersberger Forst zwei Brunnen, deren Schüttung bei weitem ausreicht, nicht nur Ebersberg mit allen Randbereichen, sondern auch die gesamte Stadt Grafing und die eingemeindeten Gemeinden nicht nur derzeit, sondern auch zukunftsorientiert zu versorgen. Die Lage der Brunnen im Ebersberger Forst gewährleistet zudem ein Schutzgebiet, das auch den immer schärfer werdenden Anforderungen an die Qualität des Trinkwassers gerecht wird. Die Stadt Grafing ihrerseits kämpft seit Jahren mit dem Wassermangel.

Auch der Kauf der sogenannten Aiterndorfer Quelle von der Stadt Ebersberg – Kostenpunkt 300 000 Mark – kann eine zukunftsorientierte Versorgung nicht sichern. Grafing muß daran gehen, noch weitere Brunnen zu bohren. Es ist abzusehen, daß in Bälde auch die kleinen Anlagen, z. B. von Elkofen oder Eisendorf geschlossen werden und die Orte dann ebenfalls aus der zentralen Anlage versorgt werden müssen. Wäre es hier nicht sinnvoll, einmal die Stadtgrenze zu vergessen und nach einer gemeinsamen großräumigen Lösung zu suchen? Und noch einen positiven Aspekt hat diese Überlegung. Der Verwaltungsgemeinschaft Aßling könnte ebenfalls langfristig geholfen werden. Unseren südlichen Nachbarn steht nämlich

das Wasser nicht bis zum Hals, sondern sie sitzen auf dem Trockenen. Zwei „Verzweigungsbohrungen“ wurden erfolglos abgebrochen. Die Schüttung der Aiterndorfer Quelle würde aber auf lange Sicht für die Verwaltungsgemeinschaft Aßling ausreichen.

Abwasserbeseitigung: Über vier Millionen muß die Stadt Ebersberg derzeit aufwenden, um die Kläranlage wieder auf Vordermann zu bringen. Sie kann dann trotzdem Abwasser nur noch in beschränktem Umfang aufnehmen. Eine nochmalige Erweiterung zur Zukunftssicherung dürfte dann schon an den ständig steigenden Anforderungen der Reinigungswerte und vor allem an der „Schmalbrüstigkeit“ des Vorfluters Ebrach scheitern. Die topographischen Gegebenheiten der Stadt Ebersberg erlauben es nicht, einen Großteil der bestehenden Siedlungsgebiete und der im Flächennutzungsplan vorgesehenen Erweiterungen, das Abwasser im Freispiegelgefälle der Kläranlage zuführen. Nicht umsonst kann das Gebiet westlich des Ortsteils Nordwest nicht geplant werden, da die Kanalkosten nicht er-

Fortsetzung Seite 2



Am Ebersberger Marienplatz werden Parkuhren aufgestellt. Dadurch soll künftig den Kunden und Bürgern in der Kreisstadt mehr Parkraum zur Verfügung stehen.

Liebe Ebersberger Mitbürger!

Fünf Seiten Kommunalpolitik haben wir in dieser Ausgabe für Sie zusammengestellt. Fast alle wichtigen Themen der örtlichen Politik sind darin berücksichtigt. Wir würden uns freuen, wenn Sie unser kommunales Mitteilungsblatt lesen und darüber auch diskutieren. Falls Sie zu einem speziellen Thema weitere Informationen wünschen, oder auch Anregungen haben, so schreiben Sie doch einfach an: Ebersberger Umschau, Richardisweg 1 1/2 8017 EBERSBERG

Parkplatzprobleme gelöst?

Eine sinnvolle Parkzeitregelung wird demnächst auf dem Ebersberger Marienplatz eingeführt. In Kürze werden dort Parkuhren aufgestellt. Der Marienplatz als Zentrum der Stadt steht damit künftig Bürgern und Kunden zum Einkaufen besser zur Verfügung. Die SPD gab den Parkuhren vor möglichen Parkscheiben vor allen Dingen deshalb den Vorzug, weil neben der besseren „moralischen“ Wirkung auf die Autofahrer auch ein größerer „Parkumschlag“ im Stadtkern erreicht wird. Die Parkuhren zahlen sich nach dem Leasing-Verfahren durch die „Parkzehner!“ selbst ab. Dauerparker müssen künftig den von der Stadt Ebersberg auf Privatgrund hergerichteten Abstellplatz an der Baldestraße nutzen. Bleibt nur zu hoffen, daß diese städtische Investition in Höhe von 30 000,- DM von den Pkw-Fahrern angenommen – und die Stadt diesen 5-Jahresvertrag auch verlängern können wird.

schwinglich sind und hier zu enormen Kostensteigerungen der Baukosten führen müßten. Nicht anders sieht es im Bereich der sogenannten Moosstefflgründe aus. Südwest kann nur über eine kostenintensive Hebeanlage entsorgt werden. Ein Umpolen all dieser Gebiete nach Grafing ist nicht nur technisch möglich, sondern wäre auf Dauer auch kostengünstiger und würde unsere Kläranlage entscheidend entlasten. Die Stadt Grafing besitzt ihrerseits eine Kläranlage, die derzeit nicht einmal zur Hälfte ausgelastet ist. Der Stadt Grafing wurde eine Größenordnung aufgezwungen, um überhaupt in den Genuß staatlicher Zuschußmittel zu kommen. Mit einem Kanal aus Richtung Ebersberg, könnte Grafing auch gleichzeitig seine Abwasserprobleme entlang des Wieshamer Baches und des Marktplatzes bereinigen. Sollte in Zukunft die Grafinger Kläranlage noch erweitert werden müssen, kann dies der Vorfluter Attel durchaus verkraften. So könnten die Trinkwasserprobleme der Stadt Grafing gleichzeitig mit den Abwasserproblemen der Kreisstadt Ebersberg gelöst werden. Ganz im Sinne einer umfassenden Versorgungspolitik der beiden Nachbarstädte und „Mittelzentrumspartner“!

- Kommunalpolitischer Arbeitskreis SPD Ebersberg -

SPD-Ortsverein Ebersberg auf den Spuren der Römer

Rund 20 Erwachsene und eine Gruppe von Kindern beteiligten sich am „freiwilligen autofreien Sonntag“ an der „Radl-Tour“ des SPD-Ortsvereins Ebersberg. Nach dem Start der Teilnehmer am Klostersee ging es zunächst einmal kräftig bergauf Richtung Ludwigshöhe. Dort wurden die Radler vom Ortsvorsitzenden Ewald Schurer mit den Daten der letzten Eiszeit vertraut gemacht, in der bei Ebersberg ein ca. 70 Meter hoher Gletscher die Endmoräne „Ludwigshöhe“ formte. Über den Waldsportpark und Hubertus radelte man dann weiter bis kurz vor Obelfing/Anzing. Von hier aus begann dann die Suchfahrt nach den Spuren, bzw. der Trasse der alten Römerstraße. Dort angekommen sinnierten die Radler über die „vorbaywarischen Bewohner“ der Heimat. Bei der anschließenden Brotzeit in der Sauschütte kam es dann zu einem Gedankensprung über 2000 Jahre unserer Geschichte, nämlich in die Gegenwart der sogenannten „Autokultur“. Enttäuscht durch die vielen Autofahrer am sogenannten „freiwilligen autofreien Sonntag“, wurden verschiedene Vorschläge und Thesen diskutiert, bezüglich der Einführung eines allgemeinverbindlichen autofreien Sonntags und warum auf der Basis der Freiwilligkeit so wenig Resonanz zu erzielen ist. Besonders viel Freude bereiteten manchem Radfahrer die Reaktionen der Automobilisten auf die „Pedaltreter“. Einige lachten beim Überholen der großen Radgruppe verlegen aus den Wagen, andere stellten ihre hohe Problemsensibilität einfach durch jenen Autofahrergruß heraus, der oftmals vor Gericht aktenkundig wird und eine besondere Spezies belächelte die Radler schlichtwegs verständnislos. Während man im Laufe der Diskussion noch Verständnis für die „Münchener“ aufbrachte, die per Wagen zu einem Spaziergang in den Ebersberger Forst kamen, konnte man dies den Kraftwagenfahrern aus Ebersberg nicht zugutehalten. Fazit: Freiwillige Aufrufe können nur Symbolcharakter haben, Fahrverbote führen zu erheblichen Aggressionen, es sei denn Parteien, die Automobilclubs und große Verbände sowie die Gewerkschaften würden sich dafür einsetzen. Der Gesundheit und der Umwelt käme es zweifelsohne zugute. „Aber man kann niemanden zu seinem Glück zwingen“, wie es ein Teilnehmer der Radl-Tour so treffend formulierte.

SPD-Ortsverein Ebersberg

Bebauung der Moosstefflgründe:

Wann und wie werden die sogenannten Moosstefflgründe in Ebersberg bebaut? Wann müssen die Kleingärten in diesem Bereich aufgegeben werden? Mit diesen Fragen beschäftigt sich der Ebersberger Stadtrat nun schon seit Jahren. Um an dieser exponierten Südlage der Stadt planerische Fehler, die in der Vergangenheit in einigen anderen Gebieten begangen wurden, nicht zu wiederholen, hat der Stadtrat unter der Mitwirkung des Planungsverbands Äußerer Wirtschaftsraum München einen Planungswettbewerb ausgeschrieben. Aus den drei Entwürfen wurde einer ausgewählt, der auf eine lockere Bebauung abzielt. Eine Änderung mußte dabei ein für den nördlichen Bereich dieses Gebiets bereits bestehender Bebauungsplan erfahren, um sich in die Gesamtplanung einzufügen. Nicht betroffen von dieser Planung sind dabei die jetzigen Schrebergärten. Völlig offen ist derzeit auch noch die Frage der abwassertechnischen Entsorgung. Um hier Klarheit zu schaffen, wurde ein entsprechendes Gutachten mit Kostenschätzung in Auftrag gegeben. Denkbar sind drei Alternativen der Abwasserbeseitigung:

1. Der Kanalschluß für das nördliche Teilgebiet über den Rodenstockkanal entlang der Bahnlinie zum Südsammler

2. Der Bau einer Hebeanlage für das gesamte Gebiet zum Südsammler. Damit könnte auch ein Teil der Kriegersiedlung kanalisiert werden

3. Der Bau eines großräumigen Südsammlers, an der nicht nur die Moosstefflgründe, sondern auch das gesamte Südwest, die Kriegersiedlung und möglicherweise das Gebiet an der Laufinger Allee angeschlossen werden kann. Die einzelnen Untersuchungskosten liegen dem Stadtrat derzeit noch nicht vor.

Aus dem Kreis

Aufenthaltsraum für Kreiskrankenhaus

Wer derzeit ins Kreiskrankenhaus Ebersberg geht, um Angehörigen oder Freunden einen Krankenbesuch abzustatten, dem fällt es gleich auf. Kurz nach dem Haupteingang und unmittelbar vor dem Aufzug für die fünf Stockwerke sitzen Patienten und Besucher neben dem Krankenhauskiosk. Zunächst einmal eine ganz normale Situation. Wer aber beispielsweise am Sonntag Nachmittag erlebt, daß dieser Raum mit seinem völlig verrauchten Klima eher einer „Kneipe“ gleicht – und daß diese Luft durch Türen und den Aufzug zu den Stationen „abzieht“, der versteht die Notwendigkeit nach Errichtung eines Patientenaufenthaltsraumes im Kreiskrankenhaus.

Auf Antrag der SPD-Fraktion hat deshalb der Kreistag den Bau eines solchen Aufenthaltsraumes beschlossen.



Aktion „Sicherer Schulweg“

Bei Tempo 30 kann ein Kind überleben!

ODER:

Ein Appell an die Autofahrer

Auf Haupt- und Durchgangsstraßen soll und darf der Verkehr flüssig rollen. Bei Wohnstraßen aber und auf dem Schulweg sollen die Fußgänger und die Kinder die Vorfahrt haben.

Sonderschule für Lernbehinderte

Als „katastrophal“ bezeichnete SPD-Fraktionsvorsitzender Rudi Adamez die derzeitige Unterbringung der Sonderschule in Grafing. Deshalb setzt sich die SPD-Kreistagsfraktion mit Nachdruck für den Neubau einer Sonderschule in Grafing ein. Damit verbunden soll eine 3fache Turnhalle entstehen, deren Finanzierung zu zwei Dritteln die Stadt Grafing und zu einem Drittel der Landkreis übernehmen will. Da im Landkreis Ebersberg ein Mangel an Sporthallen vorhanden ist, will der Kreistag durch die Beteiligung sein Bemühen für die Sportförderung unterstreichen.

4. Gymnasium im Landkreis

Die Sozialdemokraten wollten eigentlich statt eines 4. Gymnasiums eine Gesamtschule für den Landkreis Ebersberg. Als Angebotsschule wäre sie mit Sicherheit vielen Eltern willkommen gewesen, zumal damit die Wahlmöglichkeiten ihrer Kinder hinsichtlich des späteren Berufslebens beträchtlich erweitert worden wären. Nachdem die CSU mit viel Ideologie und wenig Fachkenntnissen den SPD-Vorschlag „niederstimmte“, soll im Landkreis ein 4. Gymnasium errichtet werden. Die Gemeinde Kirchseeon will hierzu bis Jahresende die Grundstücksfrage klären.

Die schwächsten Verkehrsteilnehmer müssen geschützt werden. Geschwindigkeitsbegrenzungen erweisen sich leider häufig nur als untaugliches Mittel gegen Raser auf unseren Straßen. Tempo 30 bedeutet jedoch nur einen geringen Zeitverlust von einigen Sekunden. Das sollten unsere Kinder wert sein, oder? Und wer auf Straßen im Ort gar über 80 km/h fährt, kann zum potentiellen Mörder werden!

Bürgerflugblatt sorgt für großen Wirbel

Der Kommentar

Es gibt ihn noch, den Bürger mit Mut und Engagement, der sich zutraut, selbst gegen einen vermeintlich übermächtigen Gegner mit Sachargumenten heranzutreten. So geschehen am 3. August 1981, als der Student der Rechtswissenschaften Ulrich Bairl aus Ebersberg ein Flugblatt verteilte, dessen Text er ursprünglich als Leserbrief in den Ebersberger Neuesten Nachrichten sehen wollte. Doch die ENN, in Räumen jener Erbegemeinschaft tätig, an dessen „Vertreter“ 2. Bürgermeister Otter sich Uli Bairl's Flugblatt richtete, sah sich aus „redaktionellen Gründen“ nicht in der Lage, derart Kritisches abzudrucken. Nun gut – oder auch nicht, Herr Bairl verbreitete den Text selbst.

Kurz zum Inhalt des besagten Flugblattes: Aufgezeigt wurde vor allen Dingen die dreifache Rolle, die 2. Bürgermeister Otter bei der geplanten Bebauung der Hupfauer Höhe im Stadtgebiet Süd-West spielt. So wies Bairl darauf hin, daß Herr Otter hier als 2. Bürgermeister das Wohl der Allgemeinheit zu vertreten habe, jedoch zugleich als Mitgrundstücksbesitzer private Interessen besitzt und schließlich als beauftragter Architekt sowohl öffentliche und private Interessen auf beruflicher Ebene zueinanderstoßen.

Die daraufhin folgende Berichterstattung der ENN, ansonsten ein kritisch kommentierendes Heimatblatt für den Landkreis Ebersberg, war in dieser Angelegenheit wohl von der vorhin angesprochenen Verknüpfung (Räume des „Erbengemeinschafts-Imperiums“) bestimmt, und nach Meinung vieler Bürger sachlich dem Flugblatt Bairl's unterlegen.

Wichtiger ist jedoch die wirkliche Bürgermeinung, vor allen Dingen im Stadtteil Süd-West, eben dort wo das Naturdenkmal Hupfauer Höhe leider endgültig zugebaut werden soll. Dort angesprochene Bürger bekundeten große Sympathien für die Aktion des Jura-Studenten. Und selbst der in Süd-West wohnende CSU-Ortsvorsitzende hatte bereits im März dieses Jahres in einem Leserbrief darauf hinge-

wiesen, daß die weitere Bebauung der Hupfauer Höhe auch in der CSU mit Besorgnis diskutiert werde.

Herr Bairl hatte in Ebersberg eine Lawine ausgelöst. Denn an Stammtischen und beim Bürgergespräch war die Bebauung der Hupfauer Höhe in Verknüpfung mit der Person des 2. BGM Otter wochenlang im Mittelpunkt.

Im Mittelpunkt der Ebersberger Kommunalpolitik stehen meiner Meinung nach allerdings jene Dinge, die mit der Erbegemeinschaft Schmederer und damit irgendwie mit Bürgermeister Otter zu tun haben, seit jeher.

Die ganze Entwicklung der Kreisstadt war immer verbunden mit Grundstücksangelegenheiten und Bausubstanzen, die im Besitz der Erbegemeinschaft waren und sind.

So stellte sich für die SPD-Fraktion im Ebersberger Rathaus bei der Entscheidung über die Renovierung der Sieghartsburg (siehe Bericht) der Gewissenskonflikt, einerseits im Interesse des Vereinslebens die Sieghartsburg wieder „auf Vordermann“ zu bringen und andererseits einige hundert Tausend Mark in Privatbesitz stecken zu müssen. Aus dem Sachzwang für die Bürger und das gesellige Leben der Kreisstadt stimmten die Sozialdemokraten mit „Magenschmerzen“ (Dritter Bürgermeister Sepp Geislinger) zu. Daß damit Privatbesitz subventioniert wurde, ließ sich angesichts der fast monopolistischen Situation nicht verhindern.

Nur – die Bürger müssen darüber informiert sein! Und wir als Sozialdemokraten meinen: Die CSU kann angesichts dieser Verknüpfung von Besitztum, sich daraus ableitbarer Privatinteressen – und dem Anspruch des politischen Arbeitens für das Allgemeinwohl, nicht wirklich allen Bürgerinteressen der Allgemeinheit gerecht werden.

Gerade den Neubürgern der Kreisstadt empfehlen wir, sich über diesen Komplex an Interessenskollisionen genau zu informieren, bevor 1984 das nächste kommunale Parlament gewählt wird.

Ewald Schurer

Zur Person

Peter Dingler und Hans Reichel als Kandidaten nominiert

Als erste Partei haben die Sozialdemokraten im Landkreis Ebersberg ihre Kandidaten für die Landtags- und Bezirkstagswahlen am 10. Oktober 1982 nominiert. Mit Peter Dingler als Landtagskandidaten und Hans Reichel, als Kandidaten für das Bezirksparlament, nominierten die Kreisdelegierten der Landkreis-SPD zwei erfahrene Kommunalpolitiker. Auf Einladung des Ortsvereines der SPD Ebersberg wollen sich beide Kandidaten noch in diesem Jahr in der Kreisstadt vorstellen.

SPD-MdB Hermann Wimmer wiedergewählt

Auf dem Parteitag des SPD-Bundestagswahlkreises Inn/Salzach wurde der Neuöttinger Bundestagsabgeordnete Hermann Wimmer mit eindeutiger Mehrheit wieder zum Vorsitzenden des SPD-Unterbezirkes gewählt. Wimmer, der sich bei den vergangenen Bundestagswahlen erstmals im Landkreis Ebersberg mit Erfolg zur Wahl stellte, läßt sich von den drei Beisitzern des Landkreises im Unterbezirksvorstand, dem Kreisrat Herbert Blöchl, Kirchseeon, der stellv. Kreisvorsitzenden Bärbel Narnhammer aus Anzing und dem Ebersberger Ortsvorsitzenden Ewald Schurer, regelmäßig über die kommunalen Probleme im Landkreis Ebersberg berichten. Stellvertreter von Hermann Wimmer wurde der SPD-Kreisvorsitzende Peter Dingler aus Vaterstetten, der sich im kommenden Landtagswahlkampf für den Kreisverband der SPD um ein Landtagsmandat bemühen wird.

Im Rathaus notiert

Neuer Friedhof mit Planungsschwierigkeiten

Der erste Bauabschnitt des neuen Ebersberger Friedhofes kann voraussichtlich erst ab nächsten Sommer 1982 belegt werden. Dann stehen der Stadt ca. 1200 Grabfelder zur Verfügung, was den Bedarf auf lange Sicht decken wird (jährl. werden z. Zt. knapp 30 neue Gräber benötigt).

Die Verwirklichung des ersten Bauabschnittes (Betriebsgebäude, Eingangsbereich, Mauer) wurde vom Stadtrat kurzfristig wieder geändert. Die Stadtratsmehrheit hat nämlich dem Bau des vorgesehenen Wirtschaftsgebäudes doch nicht zugestimmt. Das Wirtschaftsgebäude hätte nämlich, neben seiner eigentlichen Funktion (Abstellmöglichkeit, Umzierräume, Toiletten etc.) auch als provisorische Aussegnungsstätte hergestellt und benutzt werden können. Die Stadtratsmehrheit aber befürchtete, daß daraus ein Dauerzustand werden könnte und die geplante Leichenhalle (Kostenschätzungen z. Zt. 3,5 Mio. DM) nicht mehr errichtet wird. Diesen Beschluß – gegen die Fraktion der SPD – kritisierte auch die letzte Mitgliederversammlung des SPD-Ortsvereins

heftig. Kritische Stimmen wurden laut, weil Aussegnungen am neuen Friedhof wegen fehlender Unterstellmöglichkeiten im Freien stattfinden müssen. Auch wurde nochmals die Frage aufgeworfen, ob die Aussegnungshalle nicht zu sehr als „Kunstwerk“ geplant sei und für ein Gemeinwesen wie Ebersberg nicht zu aufwendig und pompös sei. Man könne sich – auch aufgrund der angespannten Haushaltslage – für später auch ein realistischeres und weniger aufwendiges Projekt vorstellen. Ein Argument, das der Stadtrat nicht vergessen sollte.

SPD erfolgreich für sozialen Wohnungsbau

Der Stadtrat hat ein weiteres Baugesuch für 20 Sozialwohnungen in Ebersberg Süd-West positiv vorbeschrieben. Auf dem Gelände des bisherigen Abenteuerspielplatzes entstehen 9 · 3-Zimmer-, 5 · 4-Zimmer-, 5 · 2-Zimmer- und 1 · 1-Zimmerwohnungen. Die Wasserburger Wohnungsgenossenschaft, deren Aufsichtsratsvorsitzender übrigens der Waldkraiburger SPD-Oberbürgermeister Dr. Josef Kriegisch ist, bietet der Stadt hervorragende Konditionen zur

Errichtung der Sozialwohnungen. An den zu erwartenden Gesamtherstellungskosten von ca. 3 800 000 DM beteiligt sich die Stadt mit einer Zuwendung von fast 450 000 DM.

Die Ebersberger SPD wird auch bei der künftigen städtischen Siedlungspolitik ihr Hauptaugenmerk auf einen verstärkten sozialen Wohnungsbau richten.

TSV Ebersberg: Ballspielhalle dringend nötig!

Die Turnhallen in Ebersberg sind mehr als überlastet, der Spiel- und Trainingsbetrieb der verschiedenen Abteilungen kann schon seit einiger Zeit nicht mehr nur in Ebersberg stattfinden. Ebersberger Sportler müssen nach Vaterstetten oder Wasserburg ausweichen. Der Vereinsausschuß des mittlerweile 1700 Mitglieder zählenden TSV wandte sich deshalb mit der Bitte an den Stadtrat, eine Ballspielhalle zu errichten. Als Standort dafür ist das Grundstück am Eingang zum Waldsportpark im Gespräch. Eine „einfache“ Ballspielhalle mit den erforderlichen Mindestausmaßen und einer Zuschauertribüne kommt nach derzeitigen Kostenschätzungen auf ca. 2 Mio. DM, weshalb das Projekt aufgrund der städtischen Finanzen wohl kaum noch in dieser Legislaturperiode (bis 1984) zu verwirklichen sein wird. Die SPD-Fraktion im Stadtrat sicherte dem TSV Ebersberg bereits ihre Unterstützung zu. Zunächst noch werden nur die Kosten für den Vorplanungsauftrag ermittelt.

Tips für die Weihnachtspost

Die Post hat jetzt schon alle Vorbereitungen getroffen, um den weihnachtlichen Ansturm meistern zu können. Die Brief-, Päckchen- und Paketlawine kann jedoch nur bewältigt werden, wenn die Postkunden ihre Weihnachtssendungen rechtzeitig einliefern.

Hier einige Tips:

– Pakete und Päckchen in europäische Länder sollten spätestens Anfang Dezember abgesendet sein, ebenfalls Briefe und Postkarten in nicht benachbarte europäische Länder (benachbarte bis 14. Dezember).

– Luftpostpakete in entfernte Länder haben auch nur eine Chance unterm Christbaum zu liegen, wenn sie bis Anfang Dezember aufgegeben sind. Paket und Briefsendungen, die auf dem See- oder Landweg in diese Länder befördert werden, müßten eigentlich schon abgesandt sein. Nochmal Postamt fragen!

– Pakete (bis 20 kg) und Päckchen (bis 2 kg) in die DDR und nach Berlin (Ost) sollten bis 4. Dezember aufgegeben sein. Die Postämter halten für ihre Kunden auch Merkblätter für Geschenksendungen in die DDR bereit!

– Briefe und Postkarten in die DDR müssen bis zum 14. Dezember „in den Kasten“.

– im Bereich der Deutschen Bundespost müssen Pakete und Päckchen bis 11. Dezember und Briefe und Postkarten bis 18. Dezember aufgegeben sein, damit sie pünktlich am Ziel sind.

Neue Vorschriften für Kindersitze an Zweirädern



beidseitig Radabdeckungen vorhanden sein; Fußruhen mit Bügeln alleine genügen nicht mehr.

Eltern sollten beim Kauf neuer Kindersitze außerdem darauf achten, daß der Sitz den Körpermaßen des Kindes angepaßt werden kann und eine Anbauanleitung beiliegt. Ebenso wichtig ist:

● Nur Kinder unter sieben Jahren dürfen von mindestens 16 Jahren alten Personen mitgenommen werden (§ 21 StVO).

● Kindersitze müssen sicher befestigt sein. Der Sitz darf sich während der Fahrt nicht lösen.

● Sitze dürfen nur so angebracht sein, daß der Schwerpunkt der Sitzfläche zwischen Vorder- und Hinterradachse des Zweirades liegt.

● An Lenker oder Gabel dürfen die Sitze nicht angebracht werden – die Anordnung darf die Fahrsicherheit nicht beeinträchtigen.

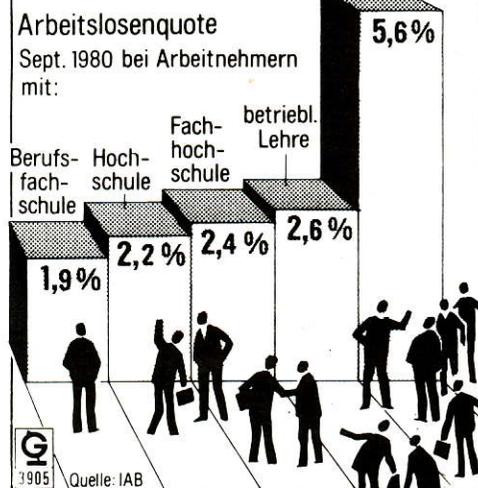
● Fußstützen(-ruhen) mit Bügeln müssen vorhanden sein.

Im Interesse der Sicherheit Ihrer Kinder – beachten Sie diese Vorschriften.

Unzureichende oder falsch angebrachte Kindersitze an Fahrrädern und Mofas führen nicht selten zu schweren Fuß- oder Unterschenkelverletzungen der Kleinen. Das soll anders werden. Nach den überarbeiteten Richtlinien, die im Verkehrsblatt 1980, Seite 788 veröffentlicht wurden, müssen nunmehr bei Anordnung des Kindersitzes auf dem Gepäckträger

Weniger gelernt-eher arbeitslos

ohne Berufsausbildung



Lernen zahlt sich gleich in doppelter Hinsicht aus. Zum einen sind die Aufstiegs- und Verdienstmöglichkeiten besser, zum anderen ist der Arbeitsplatz sicherer. Aus einer Aufstellung des Nürnberger Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung für September 1980 geht hervor, daß Arbeitnehmer mit einer qualifizierten beruflichen Ausbildung wesentlich weniger von Arbeitslosigkeit betroffen sind als ihre Kollegen, die keinen erlernten Beruf haben.

Normales Einschreiben nutzt wenig – erst der Rückschein wird zum Beweis.

Wichtige rechtliche Erklärungen (Kündigungen, Rücktritt von einem Reisevertrag, Schadensanzeige bei der Versicherung usw.), vor allem wenn sie an bestimmte Fristen gebunden sind, sollten immer per Einschreibebrief mit Rückschein verschickt werden. Erklärungen werden in der Regel erst wirksam, wenn sie dem anderen „zugegangen“ sind. Normale Einschreibebriefe nutzen einem wenig, falls man den Zugang mal beweisen muß. Denn die Post vernichtet die Einschreibebekundungen, aus denen ohnehin nur die Einlieferung bei der Post hervorgeht, bereits nach wenigen Monaten. Nur der Rückschein muß vom Empfänger unterschrieben an den Absender zurückgeschickt werden und ist so eine wichtige Urkunde. Die zusätzlichen Portokosten lohnen sich also. Sollte der Empfänger die Annahme verweigern, so genügt es nach den gesetzlichen Vorschriften meist, daß man dies beweisen kann und der Brief hätte zugestellt werden können.

Heizung

Tips, die uns allen helfen! Oder: Sparen beim Heizen

Eine Raumlufttemperatur von 20 bis 21° C reicht für unsere klimatischen Verhältnisse in der Regel aus. Überheizte Räume sind ungesund und verursachen unnötige Heizkosten. Wird die Zimmertemperatur um 1° C abgesenkt, so verringern sich die Heizkosten um ca. 6%. Sie können also 18% sparen, wenn Sie die Raumtemperatur von 23° C auf 20° C einregulieren. Viel Geld für den Verbraucher und zum Vorteil der Energiereserven.

Stadträtin Erika Schienagel und Stadträtin Rosa Pohmer als Mitglieder des Sozial- und Kulturausschusses

Nur zwei Frauen gelang bei den letzten Kommunalwahlen der Einzug in den Ebersberger Stadtrat. Für Erika Schienagel, die auch Kreisrätin und Kreisvorsitzende im VdK-Kreisverband Ebersberg-Erding ist, war dies bereits der Beginn ihrer 3. Legislaturperiode im Ebersberger Rathaus, während Rosa Pohmer bei ihrer ersten Kandidatur 1978 neu in den Stadtrat eintrat.

Seither vertreten Erika Schienagel und Rosa Pohmer die SPD-Fraktion im Sozial- und Kulturausschuß. In vorberatender Funktion befaßt sich dieses Gremium auf dem Gebiet der Kinder-, Jugend- und Altenpflege mit folgenden Bereichen:

Die Vergabe von Sozialwohnungen, Sportförderung, Gesundheitswesen, Vereinsleben, Erwachsenenbildung, Kindergarten- und Vorschulwesen, allgem. Schulwesen, Grundfragen des Umweltschutzes und Obdachlosenfürsorge.

Zudem wird der Ausschuß in einigen Bereichen auch beschließend tätig:

1. Gewährung von Zuschüssen an soziale, caritative und kulturelle Vereins- und Verbandstätigkeit bis zu DM 500,—
2. Vergabe städtischer Wohnungen und Aus-



Erika Schienagel und Rosa Pohmer – sie vertreten die sozialpolitischen Belange für die Ebersberger Sozialdemokraten im Sozial- und Kulturausschuß der Kreisstadt.



Erika Schienagel und Rosa Pohmer – sie vertreten die sozialpolitischen Belange für die Ebersberger Sozialdemokraten im Sozial- und Kulturausschuß der Kreisstadt.

Dr.-Wintrich-Straße als Ortsumgehung?

Mit der Entwicklung der Verkehrsverhältnisse der neuen Dr.-Wintrich-Straße ist die Ebersberger SPD nicht zufrieden. Die breit ausgebaute Straße dient nun nicht nur der besseren Anbindung des Stadtteils Süd-West. Die mit „Stop“-Schildern markierte „Rennstrecke“ hat sich für viele Pkw- und Lkw-Fahrer zu einer innerörtlichen Umgehungsstraße entwickelt. Eine einmalige Geschwindigkeitsmessung der Landpolizei Ebersberg ergab, daß Geschwindigkei-

ten bis zu 80 km/h erreicht werden. Eine SPD-Initiative im Ebersberger Stadtrat, im gesamten Wohngebiet „Süd-West“ einschließlich der neuen Dr.-Wintrich-Straße anstelle der bisherigen Vorfahrtsregelung prinzipiell „rechts vor links“ einzuführen – um eine Verlangsamung des Verkehrs zu erreichen – wurde nicht angenommen. Der kommunalpolitische Ausschuß des SPD-Ortsvereins will deshalb eine neue Initiative erarbeiten.

Im Rathaus notiert

SPD-Fraktion stimmte Sieghartsburg-Renovierung nicht ohne Bedenken zu

„Die Stadt Ebersberg ist in Zugzwang“, erklärte 3. Bürgermeister Sepp Geislinger für die SPD-Fraktion im Ebersberger Stadtrat deren Zustimmung zur Sanierung des Saales der Sieghartsburg. Der wundeste Punkt für die Fraktion der SPD war und bleibt dabei die Tatsache, daß mit der Renovierung (Kosten: fast 300 000 DM) ein nicht im Besitz der Kommune befindlicher Privatbesitz nun mit Steuergeldern instand gesetzt wird. Denn: Die Sieghartsburg ist der einzig große Veranstaltungssaal in Ebersberg. Lieber hätte die Ebersberger SPD diese Gelder, es fallen auch Betriebskosten von voraussichtlich 50 000 DM jährlich an, als Investition in eine Stadthalle gesehen, so wie sie es auch im Wahlkampfprogramm '78 verlangt hatte. Auf den CSU-Wahlkampfschlager 1978 und mittlerweile als „faulen Zauber“ entpuppten Bürgerzentrumsvorschlag zwischen Bahnhof und Marienplatz wird man nämlich noch lange warten müssen ...!

Initiative für die Jugend und für die Verkehrssicherheit

Daß alkoholfreie Getränke in der von der Stadt Ebersberg angepachteten „Sieghartsburg“ weit teurer sind als Bier, beanstandete SPD-Stadtrat Robert Schurer in der Oktober-Sitzung des Stadtrats. Nach seinen Feststellungen kostete nämlich ein halber Liter Cola-Mix (Spezi) 3,80 DM, ein halber Liter Mineralwasser 3,60 DM, die gleiche Menge Bier aber „nur“ 2,30 DM. Diese Preise, an denen ja schließlich die Stadt durch die Umsatzbeteiligung des Pachtvertrages mitverdient, laufen auch allen Bestrebungen zuwider, den Alkoholkonsum der Jugend einzuschränken. Robert Schurer: „Gerade Jugendliche sind nicht mit allzuviel Geld ausgestattet, aber auch der verantwortungsbewußte Autofahrer sollte eigentlich auf alkoholfreie Getränke angewiesen sein.“ Der Jugendsprecher der SPD-Fraktion forderte abschließend, daß zumindest ein alkoholfreies Getränk billiger angeboten werden müsse, als Bier.

Stadt und SPD-Ortsverein für Abenteuerspielplatz

Wegen des Neubaus von 20 Sozialwohnungen auf dem bisherigen Spielgelände des „Abenteuerspielplatzes“ mußte die Stadt Ersatzgelände beschaffen. Nur unweit vom bisherigen Spielplatz pachtet die Stadt vorerst auf fünf Jahre ein neues Grundstück an. Nach dem Willen der Ebersberger SPD soll der Verein Abenteuerspielplatz an der Herrichtung des Platzes maßgeblich beteiligt werden. Die Einzäunung, Begrünung und Anpflanzung, die Errichtung einer Toilettenanlage und die Verlegung einer Wasserleitung werden die wichtigsten Arbeiten im Frühjahr 1982 sein. Die dadurch entstehenden Kosten aber sieht die SPD-Fraktion im Stadtrat gut angelegt. Stadtrat Robert Schurer: „Der Verein gewährleistet durch seine Arbeit eine ständige Betreuung der Kinder. Der Abenteuerspielplatz wird von den Kindern weit besser angenommen als alle anderen ‚herkömmlichen‘ Spielplätze in der Stadt, und die Errichtung eines traditionellen Spielgeländes (z. B. an der Evang. Kirche) kostet schließlich auch ca. 100 000 DM“.

Umgehungsstraße kommt! – aber wann?

Muß die Stadt Ebersberg doch noch einige Jahre mit der B 304 in der Ortsmitte leben? Vermutlich ja! Nach einem Bericht des Bayerischen Innenministeriums kann die Verlegung der B 304 erst nach 1985 in Angriff genommen werden.

Der für Ebersberg zuständige SPD-Bundestagsabgeordnete Hermann Wimmer stellte im September des Jahres eine schriftliche Anfrage beim Leiter der Obersten Baubehörde im Bayerischen Staatsministerium des Innern. In einem Antwortschreiben der Behörde vom 19. 10. 1981 wurde folgendes mitgeteilt:

„Der Ausbau der B 304 von Vaterstetten bis Ebersberg ist im Bedarfsplan für die Bundesfernstraßen in Dringlichkeit I eingestuft. Die für die Einleitung des Raumordnungsverfahrens

notwendige Verkehrsuntersuchung steht nunmehr vor dem Abschluß; das Ergebnis wird in Kürze erwartet. Die Unterlagen für das Raumordnungsverfahren werden dann umgehend gefertigt, so daß das Verfahren voraussichtlich Anfang 1982 eingeleitet werden kann.“ Weiterhin wird in diesem Schreiben die Umgehung der Stadt Ebersberg als „vordringliche Umgehung“ bezeichnet.

Da sich jedoch Ebersberg und Grafing noch immer nicht über die Trassenführung der Ortsumgehung einig sind, ist hier eine rasche Entwicklung zugunsten des Projektes kaum zu erwarten. Zudem sind beim dann folgenden Planfeststellungsverfahren Probleme bei der Grundstücksabtretung zu befürchten, sowie Einsprüche in ökologischer Hinsicht zu erwarten.

Die Kunst, richtig Pause zu machen

Bewegung am Arbeitsplatz tut not

Siebzig Prozent aller Krankheiten, so ermittelten Ärzte, gehen auf das Konto unzureichender Bewegung. Betroffen sind besonders die sogenannten Sitzberufe – Verwaltungsangestellte, Bürokräfte. Hier einige Tips, wie Sie der Bewegungsnot abhelfen können:

● Nutzen Sie Ihre Pausen. Spaziermärsche von einer Viertelstunde können Wunder wirken. Sie tanken Sauerstoff und gewinnen andere Eindrücke, die Ihnen das Büro nicht bieten kann.

● Wer die Gelegenheit hat: Ruhig ein paar hundert Meter im Laufschrift zurücklegen.

● Verzicht auf die Benutzung des Fahrstuhles. Treppensteigen ist gesund.

● Unterbrechen Sie in Abständen Ihre Arbeit für ein wenig Gymnastik. Lockern Sie die besonders beanspruchten Arm- und Schultermuskeln.

● Nutzen Sie auch den Weg von und zur Arbeit für die körperliche Betätigung. Zu Fuß oder mit dem Rad geht's manchmal auch – und Sie sparen Benzin.

Wer auf Bewegungspausen in der Arbeitszeit achtet, der wird mit typischen Verspannungen der Muskulatur, Kopfschmerzen und Sehnenscheidenbeschwerden schon bald keinen Ärger mehr haben.

Hallenschwimmbad an der Baldestraße: Nutzen die Bürger das Angebot?

„Es soll einmal eine Zeit gegeben haben, da forderten die Bürger von ihrer Gemeinde die Erfüllung all ihrer Wünsche.“ Zumindest einen dieser Wünsche erfüllte die Gemeinde in Ebersberg, als mit der Errichtung einer neuen Hauptschule dort auch ein Hallenschwimmbad gebaut wurde. Natürlich rechtfertigt sich eine derartige Investition alleine schon durch ihre Nutzung für den Schulsport. Aber eine etwas bessere Frequentierung des Bades durch die Erwachsenenwelt käme der Kommune auch in Ebersberg nicht un gelegen. Wie auch die anderen Gemeinden, die im Landkreis ein Hallenschwimmbad betreiben, laufen die Betriebs- und Unterhaltungskosten in Ebersberg den Einnahmen immer schneller davon, was nicht zuletzt auf die Preise am Energiemarkt zurückzuführen ist.

Dabei gehört Schwimmen erwiesenermaßen zu den geeignetsten Ausgleichssportarten, die es für uns „zivilisationsgeschädigten“ Zeitgenossen gibt.

Also – auf ins Schwimmbad – und runter mit dem Bauchspeck!

An folgenden Zeiten ist das Schwimmbad im Winterhalbjahr geöffnet:

Montag mit Freitag: 15.00–21.00 Uhr
Samstag: 10.00–18.00 Uhr
Sonntag: 8.00–12.00 Uhr

Aus dem Landtag

Strauß hebt ab

Allmählich wird es gespenstisch. Der bayerische Ministerpräsident Franz Josef Strauß verrennt sich von Tag zu Tag und von Auftritt zu Auftritt immer mehr in Fehleinschätzungen. Er hebt von der Realität ab. Die Landespolitik erklärt er zur Nebensache, dafür läßt er im neuen CSU-Wahlprogramm die Verantwortung Bayerns „für Deutschland, Europa und die Welt“ verkünden. Den Bundeskanzler fordert er zum Rücktritt auf und betont gleichzeitig, daß er die Rezepte der Union nicht verraten werde. In der Friedensbewegung sieht er eine Volksfront und – was die Bonner Kundgebung betraf – einen umgekehrten Reichsparteitag. Wer seine Meinung nicht teilt, verunsichert die Öffentlichkeit und gibt böswärtigen Journalisten Anlaß zu der Behauptung „Auch in der Union geht es los“.

In der Union ist es längst „losgegangen“, siehe Geißler, siehe Wissmann. Aber Strauß ignoriert die Wirklichkeit. Er befindet sich in Torschlußpanik. Um jeden Preis versucht er ein Kontrastprogramm zu bieten, um als plausible Alternative zur Bonner Koalition zu erscheinen. Er ist sogar bereit, jenen Kohl, den er einst als „total unfähig“ bezeichnete, als Kanzler in Kauf zu nehmen – nur weil dies der einzige Weg ist, der für den CSU-Chef noch nach Bonn führen könnte. Alles Reden und Handeln von Strauß gibt in der Tat nur noch einen Sinn, wenn es unter dem Gesichtspunkt der verzweifelt angestrebten Macht am Rhein gesehen wird. Wohlwollende mögen in dieser Strauß-Entwicklung etwas Tragisches sehen. Strauß – ein Politiker, der nach einer „enormen Lebensleistung“ ins Abseits driftet. Mitleid aber kann dann nicht das Gebot der Stunde und der Nächstenliebe sein, wenn der Bemitleidete in der Politik herumfuhrwerkt wie ein Wolf im Schafspelch. Er sei „mehr als ein einsam trompetender Elefant“, diagnostizierte Strauß in Bayreuth seinen Zustand. Wer trompetet noch mit ihm? (Fast) niemand mehr.

Da Grantlhuber grantelt

Da Bergmeister Manfredo is unter de alternativen Aussteiger ganga. Und des, nur weil er in seiner Eigenschaft als „Friedhofsreferent“ an speziellen Wunsch ned erfüllen kehna hat, zwengs de anderen Beschlüsse vo dera Rathausbürokratie. Dann hat da Bergmeister schwarz gseng – und spontan sein Rücktritt eingereicht. Und jetzt kumt des lustige an da Gschicht:

Da Bürgermoaster Vollhardt hat den Bergmeister vor dem kloarnen Skandal ohne Wissen vom Herrn Friedhofsreferenten, den selbigen zur Ehrung durch'n Freistaat Bayern vorgeschlag'n.

Ja – jetzt hat der Bürgermoaster natürlich mit alle Mittel versucht, den Antrag vom Bergmeister solang hinauszuschieren, bis de Ehrung abglafft is, weil des doch sunst so furchtbar peinlich gwesen wäre, mit dem Rücktritt, versteht me'?

So hams an Bergmeister schön geehrt. Sei Idol, da Franz Josef von Bayern's Gnaden, hat ihm a persönlich d' Hand drückt. Und nachdem de Zeitungen alle a Lobeshymne auf'n ehemaligen Friedhofsreferenten gsunga ham – und sich de Wogen wieder geglättet haben, doa hat dann da Vollhardt des Rücktrittsgesuch am Stadtrat, natürlich nach gründlichster Vorberatung, vor-

gelegt. Da Bergmeister war ned anwesend, hatte sich entschuldigt, und abgewartet. Obwohl da Herr Stadtrat als Begründung de berufliche Überlastung angeführt hat, hamm erm des de Kollegen vo seiner CSU-Fraktion ned geglaubt – und da Bürgermoaster hat gar gwußt, daß da Herr Bergmeister beruflich und privat gar ned überlastet sei. Ja – jetzt da hat da Herrgott, der im Sitzungssaal verweilt, wieder weghören müssen, weil entweder da Bergmeister oder da Bürgermoaster glogen hat. Aber des werd ned s' erste mal gwesen sein. Und de höchsten Herrn vo da UWG (Unser Wille geschehe – weil ma immer mit der CSU stimma dearn!!!), haben natürlich a gegen des Rücktrittsgesuch gestimmt. „So a Kasperltheater mach i nimma mit“, hat da Herr Bergmeister angeblich zu am Kollegen aus dem Stadtrat gsagt. Fragt se bloß, wer doa jetzt da Kasperl is?

Ja – und ganz böse Leute behaupten, er hat des Rücktrittsgesuch nur gestellt, um zu erfahren, ob er a wirklich beliebt is. Jetzt weiß er's genau; bloß de SPD-ler hamm ihn so richtig lieb, weil de seinem Wunsch nachkumma san – und geschlossen für'n Rücktritt gwesen sind. Ganz ohne Hintergedanken – ehrlich! Andere, die no böser sind, behaupten, das de CSU den Bergmeister bloß im Rat behalten hat, weils Angst haben vor der Person, de nachrücken würde. Des soll a Weibsbild sei – und de furchtens angeblich furchtbar. Nix genau was ma nie genau – ehrlich!

Euer Xaver Hubertus Grantlhuber